

ZEITUNG IN DER ZEITUNG

Seiten zur Politik vom SPD-Landtagsabgeordneten Heinrich Aller

Ausgabe 64 | Dezember 2011

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

herzlichen Glückwunsch Stephan Weil! Die SPD-Mitglieder haben klug entschieden. Mit ihm an der Spitze zeigt die SPD Niedersachsen, dass sie die Wahl am 20. Januar 2013 wirklich gewinnen will! Als das Ergebnis der Urwahl am Abend des 27. Novembers endgültig feststand, habe ich mich richtig gefreut. Einmal natürlich, weil Stephan am Ende die Nominierung zum Spitzenkandidaten doch sehr klar gewonnen hat.

„Für Stephan Weil – weil er's am besten kann!“ – Mit dieser Überschrift habe ich mich sehr früh in der ZidZ „geoutet“. Vergessen, dass einige es gar nicht gut fanden.

Richtig gefreut habe ich mich aber auch über die Wahlbeteiligung und damit die ganz offensichtliche Unterstützung für den Spitzenkandidaten aus seiner Region. Ich bin sicher, dass Stephan Weil auf seine ganz besondere Art und mit seinem manchmal hannöversch-drögen Charme schon bald die Niedersachsen überall im Lande für sich gewinnen wird! – Immerhin ist er jetzt der Spitzenkandidat von rund 65.000 SPD-Mitgliedern!

Ihr Heinrich Aller MdL



SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil: Bei der Urwahl setzte sich der hannoversche OB gegen Mitbewerber Olaf Lies deutlich durch. Heinrich Aller wählte in Seelze - dort gab es 52,5% Wahlbeteiligung.

REGIERUNGSANSPRUCH FÜR 2013 ANGEMELDET: SOVERÄNE VORSTELLUNG VON STEPHAN WEIL

„Seit Sonntag sind wir nicht mehr stärkste Oppositionspartei. Unsere neue Rolle ist die der Regierungspartei von Morgen!“ erklärte Weil die veränderte Lage nach Entscheidung der SPD über ihren Spitzenkandidaten zur Landtagswahl am 20.01.2013.

Ohne Wenn und Aber hat Stephan Weil in der ersten Sitzung der Landtagsfraktion nach der Urwahl jetzt seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten und den Regie-

rungsanspruch der SPD in Niedersachsen ab 2013 angemeldet: „Wir werden die Kräfte bündeln und die Wahl in der Mitte gewinnen.“ In der SPD-Landtagsfraktion sehe er den starken Arm im bevorstehenden Kampf um die neuen Mehrheiten für Niedersachsen. „Die schwarz-gelbe Regierung ist fällig“, konstatierte Weil.

In Anspielung auf seinen Lieblingssport Fußball, betonte er, dass er als Teamplayer in engem Kontakt mit der Fraktion und der Landespartei die Wahlkampf vorbereitungen ohne Hektik zielstrebig voranbringen werde.

Dazu wünsche er sich die Geschlossenheit der SPD. Stephan Weil appellierte an die gemeinsame Verantwortung mit einem – wie er es formulierte – alten Kneipensatz: „Wenn dir etwas nicht gefällt, sag' es dem Wirt (in diesem Fall bin das ich). Wenn dir aber etwas gefällt, sag' es allen Anderen.“ ■



Überzeugender Auftritt von Stephan Weil in der Landtagsfraktion (v.l.n.r.: „PGF“ Hanne Modder, Stephan Weil, Fraktionschef Stefan Schostok, Gabriele Andretta und Frauke Heiligenstadt).

2020 – JAHR DER WEICHENSTELLUNGEN

DIE ZEIT FÜR WICHTIGE ENTSCHEIDUNGEN LÄUFT DAVON – WENN WIR NICHT SCHNELL UND KONSEQUENT HANDELN

Das Jahr 2020 wird ein Jahr der wichtigen Weichenstellungen für die deutsche Politik. Dann kommt es knüppeldick – das wissen alle, die an den Schalthebeln für die Gestaltung der öffentlichen Haushalte im nächsten Jahrzehnt in Deutschland sitzen.



Schuldenbremse: Die Ausschussvorsitzenden Heinrich Aller und Mechtild Ross-Luttmann leiteten die Anhörung der Fachausschüsse.

Noch steht nicht fest, welche Konsequenzen am Ende aus den aktuellen und immer neuen Krisen zu ziehen sind. Die deutsche Politik muss Antworten auf vier Problemfelder geben, die eng mit dem Jahr 2020 verbunden sind: Am Ende des Jahrzehnts läuft der **Länderfinanzausgleich (LFA)** in Verbindung mit den **Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)** und dem **Solidarzuschlag (Soli)** aus.

Die 2014 beginnende **EU-Förderperiode** endet nach sieben Jahren. Und die **Schuldenbremse** entfaltet ab 2020 ihre volle Wirkung in Bund und Ländern: Das heißt für den Bundeshaushalt ein „Mini“-Schuldenkorridor von

0,35% des BIP. Die Länderhaushalte werden auf „Total-Null-Nettokreditaufnahme“ (NKA) gestellt. Die Kommunen fürchten, dass sie – wieder einmal – die Zeche für Beschlüsse der großen Politik zahlen müssen.

Wie angesichts der heutigen Struktur der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen die Verfassungsziele für und in ganz Deutschland künftig auskömmlich durch (Steuermehr-) Einnahmen finanziert, die Einnahmen fair verteilt und die Haushalte gesellschaftspolitisch verträglich konsolidiert werden sollen, steht noch nicht auf der Tagesordnung der Entscheider.

Nein – gerade die lautstärksten Kritiker der öffentlichen Verschuldung von CDU, CSU und FDP senken inmitten der allgemeinen Ungewissheit gegen jeden Sinn und Verstand die Steuern. Schubkraft für Wirtschaft und Arbeitsmarkt geht davon nicht aus. Der Haushaltskonsolidierung

nutzt es nicht. Bezahlt werden die Politikgeschenke erst einmal mit noch mehr Schulden. Gewinnerinnen und Gewinner dieser Politik ist wieder einmal das schwarz-gelbe Klientel.



Berechtigte Interessen: Die kommunalen Spitzenverbände forderten die Sicherung der kommunalen Finanzen durch die Landespolitik.



EIN KOMMENTAR VON HEINRICH ALLER MDL

tagswahltermin am 20. Januar 2013 hinwegzukommen. „Politischer Blankoscheck für die Landesregierung durch einen Doppelbeschluss zu Schuldenbremse in die Verfassung und Zwei-Jahres-Haushalt mit Mittelfristwirkung für 2012/2013“ – so hatten sich McAllister und seine Strategen das ausgedacht. Diese Strategie ist geplatzt wie eine Seifenblase.

Jetzt wird offen über die Fragen diskutiert, die CDU und FDP mit ihrem Parforceritt durch die Landesgesetzgebung vermeiden wollten. SPD und Oppositionsparteien haben eine zweitägige Anhörung durchgesetzt. Es zeigt sich: Der Weg der SPD, „Gründlichkeit bei der Lösungsfindung geht vor Schnelligkeit“, ist richtig. Das gilt vor

STAATSVerschuldung IM ÜBERBLICK:

Verschuldung des Gesamtstaats: 1937 Milliarden Euro

Davon Bund: 1271 Milliarden Euro

Davon Länder: 581 Milliarden Euro

Davon Kommunen: 84 Milliarden Euro

Anteil Land Niedersachsen: 63 Milliarden Euro

Stichtag 30.06.2011 – Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistischer Wochenbericht vom 25.11.2011

allem bei weitreichenden Zukunftsentscheidungen wie dem Instrument der Schuldenbremse. Dabei wissen alle, die in der jüngsten Vergangenheit an der Finanzierung der Wiedervereinigung, der Föderalismuskommissionen I und II, dem wiederholt gescheiterten Versuch einer Gemeindefinanzreform oder jetzt an der Umsetzung der 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse mitgewirkt haben, welche „dicken Bretter“ gebohrt werden müssen.

Um nur einigermaßen tragfähige Er-

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Das EU-Maskottchen „Eurogaloppo“ zwischen Hoffen und Bangen: Was bringen Eurokrise und neue EU-Förderperiode für unser Land?

gebnisse im Steueraufkommens- und Steuerverteilungskampf zwischen Bund, Ländern und Kommunen oder zwischen den „Armen und Reichen“ unter den Ländern und Kommunen zu erreichen, wird heftig gerungen werden. Ja, es wird knüppeldick kommen.

Die vier Top-Themen für 2020 sind nur die Spitze des Eisbergs, wenn die 16 Bundesländer um die Verteilung des künftigen Steuerkuchens verhandeln. Dann es geht für die Beteiligten um jeden Euro. Immerhin steckt al-

lein im „Topf“ des LFA ein Ausgleichsvolumen von fast 7 Mrd. Euro (Stand 2010), hinzu kommen anschließend noch 2,6 Mrd. Euro Ausgleich durch den Bund (BEZ). Beim Soli geht es um 11,7 Mrd. Euro, die verteilt werden müssen. Allein Niedersachsen hat aus EU-Töpfen

in der auslaufenden Förderperiode 2,5 Mrd. Euro erhalten. Und die Nettokreditaufnahme ist beim Bund für 2012 noch immer mit 26,1 Mrd. Euro geplant, bei allen Ländern zusammen waren für 2011 23,7 Mrd. Euro Schulden geplant und die Kommunen haben 2010 zusammen 7,7 Mrd. neue Schulden gemacht.

Die niedersächsische Landesregierung plant mit dem im Dezember zu verabschiedenden Doppelhaushalt 2012/2013 mit rund 2,2 Mrd. Euro neuen Schulden für beide Jahre auf dem

Weg zu NKA-Null in spätestens 2020 (Stand der Ergänzungsvorlage). Bei den Kommunen ist der finanzielle Druck ähnlich hoch: Ende 2010 haben die Kassenkredite mit 40,46 Mrd. Euro einen neuen Höchststand erreicht – allein in Niedersachsen waren es knapp über 5 Mrd. Euro.

Es wird Zeit, dass endlich wieder über die Bedürfnisse der Menschen und die Aufgaben der Daseinsvorsorge diskutiert wird. In den Mittelpunkt der politischen Debatte gehören die Menschen.

Vier Themen, die bis 2020 gelöst werden müssen, sind bekannt. Sie stehen stellvertretend für zahlreiche Zukunftsentscheidungen bei uns in Deutschland. Dabei geht es ganz zentral um die Frage „Wie finanzieren wir unser Gemeinwesen in der Zukunft?“ Finden wir keine Lösungen für die drängenden Zukunftsprobleme, werden die Probleme Lösungen erzwingen. Wir müssen aufpassen, dass uns die Zeit nicht davonläuft! ■



BUNDESWEITER VORLESETAG ALLE JAHRE WIEDER: ALLER LIEST VOR

Dieser Tag hat jedes Jahr einen festen Platz in Heinrich Allers Terminkalender: Bereits seit sieben Jahren liest der SPD-Landtagsabgeordnete anlässlich des bundesweiten Vorlesetags in Schulen seines Wahlkreises und Betreuungsgebietes.

Es ging direkt hintereinander in drei Schulen: Auftakt war die dritte Klasse der Regenbogenschule in Seelze, anschließend ging es zur Klasse 507 in die IGS Garbsen. Und danach las Aller bei der Klasse 2c in der Grundschule Saturnring in Garbsen vor. ■



WACHWECHSEL IN SEELZE WALTRAUD GERTZ MIT DANK VERABSCHIEDET

Nach vielen Jahren als Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion wurde jetzt Waltraud Gertz mit Dank und Anerkennung von ihren Genossinnen und Genossen verabschiedet.

Als „rührige“ Ortsbürgermeisterin für Gümmer und für die gesamte Stadt hat sie sich verdient gemacht. Die Nachfolge als Fraktionsvorsitzender hat Ortsvereinsvorsitzender Alexander Masthoff angetreten. Stellvertretender Bürgermeister ist Wilfried Nickel. Die SPD ist mit 17 Mandaten stärkste Kraft im Seelzer Stadtrat. ■



ORTSTERMIN BEI HONEYWELL ALLER UND MIERSCH INFORMIERTEN SICH

Viel hängt in Seelze von Honeywell ab. Das Unternehmen ist seit über 100 Jahren in der Stadt angesiedelt.

Kürzlich informierten sich Aller und sein Bundestagskollege Matthias Miersch beim Unternehmen. Im Mittelpunkt standen Standortsicherung, Arbeitsplätze und Geruchsemmissionen. Der neue Standortleiter Dr. Jackisch stellte den Abgeordneten bei ihrem Besuch auch die „Jungunternehmer“ des Georg-Büchner-Gymnasiums vor, die im Unternehmen ein Praktikum absolvierten. ■